

Europa und Amerika haben bei China sehr unterschiedliche Interessen

NZZ, Eric Gujer, 21.04.2023



Die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock war kürzlich bei ihrem Amtskollegen in Peking zu Besuch.

Was sich in Peking abspielte, war ein Trauerspiel. Europäische Top-Politiker traten dort zum Schaulaufen an, doch das Ergebnis kann nur den Chinesen gefallen. Am besten schlug sich Ursula von der Leyen. Die Präsidentin der Kommission lehnte eine wirtschaftliche Abkopplung von China ab. Gleichzeitig beharrte sie darauf, Abhängigkeiten vom Reich der Mitte so weit als möglich zu reduzieren. Nüchtern, distanziert, aber konzilient im Ton – die gute Haltungsnote war ihr sicher.

Annalena Baerbock hingegen provozierte ihre Gastgeber mit Schulmeistereien zu Taiwan und den Menschenrechten. Die Chinesen schwiegen eisern.

Sie behandelten die deutsche Aussenministerin wie einen Platzregen auf dem Platz des himmlischen Friedens; ein vorübergehendes Ereignis, ohne weiteren Belang.

Baerbock sollte die Amtsbezeichnung Aussenministerin ablegen und sich fortan Ministerin für das Wahre, Schöne und Gute nennen. Bei ihrer Standpauke hatte sie den idealistisch gesinnten Teil des deutschen Publikums fest im Blick. Für eine Wirkung, die über blosser Worte hinausgeht, interessiert sich Baerbock nicht. Die Chinesen können sie und ihre feministische Aussenpolitik getrost ignorieren.

Die USA erleben ihre Zeitenwende im Pazifik

Emmanuel Macron hingegen erzielte maximale Trefferwirkung. Er warnte in einem Interview davor, «dass wir vor lauter Panik glauben, wir seien nur die Gefolgsleute Amerikas». Mit Blick auf Taiwan fügte er hinzu, das grosse Risiko für Europa bestehe darin, «in Krisen verwickelt zu werden, die nicht die unseren sind, was es daran hindert, seine strategische Autonomie aufzubauen».

Der französische Präsident hat recht mit seiner Feststellung, dass die EU gar nicht umhinkommt, eine eigenständige China-Politik zu betreiben. Wegen der unterschiedlichen geopolitischen Ausgangslage gehen die amerikanischen und die europäischen Interessen auseinander.

Die USA sind eine pazifische Macht. Sie sind ein Anrainerstaat und besitzen überall im Pazifik eigene Stützpunkte. Amerika fällt zudem die Verantwortung zu, seine Verbündeten Japan, Südkorea und Taiwan zu schützen. Die chinesische Aufrüstung berührt die US-Sicherheitsinteressen daher unmittelbar.

Noch nie seit der Niederlage des kaiserlichen Japan 1945 wurde die Vorherrschaft Amerikas über den Pazifik derart infrage gestellt wie durch Peking. Für die USA bedeutet das eine Zeitenwende. Sie kommt unspektakulärer daher als die europäische Variante mit dem Ukraine-Krieg, ihre Folgen sind aber genauso gravierend.

Das aus europäischer Sicht unbesonnene Gerede in Washington über einen bevorstehenden Krieg um Taiwan hat hier seinen nachvollziehbaren Hintergrund. Zum ersten Mal seit 80 Jahren kann sich Amerika nicht mehr darauf verlassen, in jedem Seekrieg die Oberhand zu behalten. Damit ist die Sicherheit der amerikanischen Westküste bedroht. Wenn das kein Grund ist, nervös zu sein, was dann?

Europa hingegen ist keine pazifische, sondern eine eurasische Macht – auch wenn man geneigt ist, den Begriff Macht in Führungszeichen zu setzen. Die unmittelbaren Bedrohungen lauern im Osten mit Moskaus Imperialismus und jenseits des Mittelmeers: in der arabischen Krisenregion und in Afrika mit seinen Migrationsströmen. Die Europäer werden schon damit nicht fertig. Warum sollten sie sich da um die Geopolitik des Pazifiks kümmern? Für sie ist China vor allem ein Markt.

Der Gegensatz zwischen den transatlantischen Partnern ist evident. Gelingt es ihnen nicht, ihn aufzulösen, steht der lachende Dritte schon fest. Das kann am allerwenigsten im Interesse der Europäer sein.

Deshalb hat Macron mit seiner Behauptung unrecht, die Spannungen um Taiwan seien allenfalls eine sekundäre Sorge für Europa. Eskaliert die Lage zwischen den beiden chinesischen Staaten, gerät die Weltwirtschaft ins Taumeln. Lieferketten werden reissen, eine Rezession scheint dann unvermeidlich. In einem sino-amerikanischen Konflikt müssen sich die Europäer entscheiden, auf wessen Seite sie stehen.

Der Präsident liegt völlig daneben mit der Forderung, die EU müsse ihr Heil in einer strategischen Autonomie suchen und sich unabhängig von Washington machen. Der Ukraine-Krieg zeigt jeden Tag, wie sehr der alte Kontinent auf die amerikanische Sicherheitsgarantie angewiesen bleibt, besonders auf den nuklearen Schutzschirm. Ohne die amerikanische Waffenhilfe für Kiew stünden Putins Soldaten heute mitten in Europa.

Den Europäern fehlt es an Einigkeit

Auf Europa kommt ein Balanceakt zu: einerseits eine enge Partnerschaft mit Washington pflegen; andererseits die dort grassierende China-Hysterie vermeiden und konstruktive Beziehungen zu Peking unterhalten.

Um sich den nötigen Spielraum zu sichern, sollte Europa den USA Gegenleistungen anbieten. Die naheliegendste wäre eine Aufrüstung der europäischen Armeen über das vereinbarte Mass von zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts hinaus. Polen, der neue Musterschüler in der Nato, ist schon auf bestem Weg dazu. Deutschland hinkt hinterher.

Deutschlands Militärausgaben liegen unter dem Nato-Ziel

Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in ausgewählten Nato-Mitgliedsstaaten, in Prozent



Das Nato-Ziel liegt bei zwei Prozent des BIP. Stand: Januar 2021

Quelle: Sipri

NZZ / sih.

Eine gemeinsame Anstrengung der Europäer würde die amerikanischen Steuerzahler entlasten und dem Pentagon erlauben, sich stärker auf seinen Angstgegner zu konzentrieren. Dies wäre auch ein sichtbares Entgegenkommen für den Fall, dass wieder ein republikanischer Isolationist vom Schlage eines Donald Trump ins Weisse Haus einzieht.

Europa tut gut daran, sich auf ungemütliche innenpolitische Entwicklungen in den USA vorzubereiten. Am Ende dreht Washington vielleicht den Spiess einfach um und denkt selbst in den Kategorien strategischer Autonomie, ohne auf die quengelnden Partner Rücksicht zu nehmen. Im Gegensatz zu Europa hat es die Mittel dazu.

Für den Balanceakt braucht es diplomatisches Fingerspitzengefühl. Den beiden Lautsprechern Macron und Baerbock geht es offenkundig ab. Der Franzose setzt auf dröhnendes Appeasement, die Deutsche auf Konfrontation. Demgegenüber propagieren von der Leyen und Kanzler Olaf Scholz einen unaufgeregten Mittelweg, bei dem sich erst noch zeigen muss, ob er mehr Realpolitik oder mehr Leisetreterei ist.

Einen anderen Ansatz verfolgt der britische Premierminister Rishi Sunak. Er hält sich rhetorisch zurück, treibt aber das Verteidigungsbündnis zwischen Australien, Amerika und dem Königreich voran. Canberra erhält U-Boote mit Atomtrieb, die weit schwerer aufzuspüren sind als konventionell betriebene. Australien wird so zu einem wichtigen Vorposten im amerikanischen Verteidigungsdispositiv.

Die Vielfalt der Stimmen und Strategien macht deutlich, weshalb Europa keine starke aussenpolitische Macht ist. Jeder kocht sein eigenes Süppchen. Da ist es für Peking ein Leichtes, sich an die alte Weisheit des Teilens und Herrschens zu erinnern.

Ausgerechnet die Führungsmächte flüchten sich in Nostalgie

Aussenpolitik ist nicht denkbar ohne Innenpolitik. Hier liegt ein weiterer Grund für die europäische Schwäche. **Wie irrational muss ein Land sein, um inmitten einer Energiekrise auf sichere und rentable Atomkraftwerke zu verzichten?** Wie irrational muss ein Land sein, um den demografischen Wandel zu leugnen und eine Rentenreform zu bekämpfen, der man nur vorwerfen kann, zu wenig ambitioniert zu sein?

Frankreich und Deutschland flüchten sich beide in die Vergangenheit – in der die Bevölkerung noch nicht dramatisch alterte und der Klimawandel die Atomkraft noch nicht als das geringere Übel erscheinen liess. In eine heile Welt, die so nie existierte.

In dem nostalgischen Traumland leistet ihnen das früher so unideologische Grossbritannien Gesellschaft. Es liess sich auf den Brexit ein, in der trügerischen Hoffnung, nicht noch mehr Menschen aus dem untergegangenen Empire aufnehmen zu müssen. Begrenzt wurde so nur der Zuzug von Arbeitskräften aus der EU, nicht die irreguläre Migration. Unterdessen intensiviert Sunak wieder die Zusammenarbeit mit der EU. Von einer klaren Linie ist auch London weit entfernt.

Die drei europäischen Führungsmächte Deutschland, Frankreich und Grossbritannien wirken, jede auf ihre Weise, rückwärtsgewandt. Man muss sehr naiv oder sehr optimistisch sein, um zu glauben, dass sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die globalen Herausforderungen zu meistern.

Da vertraut man besser auf Amerika und eine lebendige transatlantische Partnerschaft; oder man findet sich damit ab, dass Peking seinen Machtanspruch durchsetzt. **Der Besuchsreigen in China macht eines überdeutlich: In dieser Weltregion bleibt Europa Zaungast.**